



Niederschrift

18-004. Sitzung des Ausschusses des Kreistages für Schule und Soziales

am Mittwoch, 07.09.2016, 17:05 Uhr bis 18:15 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes in Heppenheim, Graben 15

Tagesordnung

- Punkt 1 Thema "Gesundheitsversorgung im Odenwald/Lindenfels"
- Punkt 1.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 25.07.2016, eingegangen am 07.08.2016, zum Thema "Konzept Luise-Light"
Vorlage: 18-0172
- Punkt 1.2 Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 18.08.2016 betreffend aktueller Sachstand des Konzeptes "MVZplus"
Vorlage: 18-0192
- Punkt 1.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 19.08.2016, eingegangen am 21.08.2016, zum Thema "Sicherung der Gesundheitsversorgung der Stadt Lindenfels"
Vorlage: 18-0196
- Punkt 2 Rettungsdienst
- Auflösung Eigenbetrieb
Vorlage: 18-0180
- Punkt 3 Überplanmäßige Ausgaben im Jahr 2016 durch die Organisationsverfügung über die Integration und Zusammenlegung der Eingliederungshilfe
Vorlage: 18-0164
- Punkt 4 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

Anwesende:

Ausschussvorsitzende:

Dechnig, Beate SPD

Ausschussmitglieder:

Fera, Pia CDU
Galvagno, Lisa CDU
Oehlenschläger, Volker CDU in Vertretung für Schich-Kiefer, Ingrid
Reinhardt, Randoald CDU
Dechnig, Beate SPD siehe auch Ausschussvorsitzende
Fiedler, Josef SPD in Vertretung für Staß, Brigitte

**Punkt 1.1: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 25.07.2016, eingegangen am 07.08.2016, zum Thema "Konzept Luise-Light"
Vorlage: 18-0172**

Frau Abgeordnete Hennrich erläuterte den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit folgendem Wortlaut:

"Der Kreistag des Kreises Bergstraße möge beschließen, das Konzept ‚Luise-Light‘ unter Berücksichtigung der folgenden Punkte zu behandeln:

- Aufgrund der Bemängelung durch einige Ausschussmitglieder auf der Sitzung des Ausschusses für Schule- und Soziales vom 22. Juli, hinsichtlich Einsichtnahmemöglichkeit der Unterlagen des namentlich bekannten Konzeptes 'Luise-Light', wird dies durch die Anlage nachgetragen;
- die Wirtschaftlichkeitsprüfung des Konzeptes 'Luise-Light' durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer;
- das Eruiieren von möglichen Standorten zur Umsetzung des Konzeptes 'Luise-Light'. Folgende Standort-Variationen sind denkbar: Lindenfels/Gebäudekomplex Krankenhaus; Winterkasten Eleonoren-Klinik, oder Neu-/Umbau in der direkten Umgebung Lindenfels;
- nach Sichtung des Konzeptes seitens Kreistages, Wirtschaftsprüfer und positiver Bewertung nebst Standort Benennung, erfolgt die Bereitstellung der notwendigen Mittel durch den Kreistag unter Einbeziehung aller entsprechenden Fördermittel."

und nannte als zu priorisierenden Standort die Eleonorenklinik in Winterkasten.

Herr Landrat Engelhardt sah die Diskussion um das Luisenkrankenhaus abgeschlossen und die Krankenhausversorgung im Kreis auch ohne diese Klinik sichergestellt.

Es gehe jetzt um ein Konzept für die zukünftige allgemeine Gesundheitsversorgung in der Region (Konzept MVZplus), das in einer Arbeitsgruppe beim Hessischen Sozialministerium erarbeitet werde. Da das derzeit am Luisenkrankenhaus bestehende Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) im Zuge der Insolvenz geschlossen werden sollte, sei dessen Erwerb durch die Kreiskrankenhaus GmbH beabsichtigt als Basis für ein zukünftiges Konzept. Wegen der mittelbaren Beteiligung des Kreises am Erwerb werde er in der anstehenden Kreistagssitzung eine entsprechende Beschlussvorlage einbringen.

An der anschließenden kontroversen Debatte über den Antrag beteiligten sich die Abgeordneten Frau Hennrich, Herr Fiedler, Frau Berg, Herr Oehlenschläger, Herr Dr. Schwarz, Herr Krause, Herr Vetter und Frau Lindner. Herr Landrat Engelhardt nahm zu Fragen aus dem Ausschuss Stellung.

Bei der abschließenden Abstimmung bezüglich des Antrags der Fraktion DIE LINKE. votierten 2 Ausschussmitglieder für eine Beschlussempfehlung an den Kreistag, 8 Ausschussmitglieder stimmten dagegen. Ein Ausschussmitglied hatte vor der Abstimmung kurzzeitig den Sitzungsraum verlassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**Punkt 3: Überplanmäßige Ausgaben im Jahr 2016 durch die Organisationsverfügung über die Integration und Zusammenlegung der Eingliederungshilfe
Vorlage: 18-0164**

Herr Landrat Engelhardt gab ergänzende Erläuterungen zur Vorlage. Auf Frage aus dem Ausschuss, für welche Aufwendungen die überplanmäßigen Mittel benötigt werden, sagte er zu, die Beantwortung in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am 09.09.2016 nachzureichen.

Der Ausschuss für Schule und Soziales fasste folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag bewilligt für die Zusammenlegung der Eingliederungshilfe gemäß § 100 HGO in Verbindung mit § 52 HKO überplanmäßige Aufwendungen für das Budget des Jugendamtes (Produkt 3200, Kostenträger 320004) in Höhe von bis zu 1.700.000 €.

Die Deckung soll durch entsprechende Einsparungen im Budget des Amtes für Soziales (Produkt 3030) erfolgen. Der Kreisausschuss soll im Rahmen der finanziellen Berichterstattung über die tatsächliche Inanspruchnahme überplanmäßiger Mittel für diesen Zweck informieren."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 4: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

Hierzu lag nichts vor.

Die Sitzung wurde um 18:15 Uhr durch die Ausschussvorsitzende geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

gez. Dechnig

Ausschussvorsitzende

gez. Schüßler

Schriftführerin